



Mitteilung

für die nächste Sitzung der

- ☒ Verbandsgemeinde Vallendar
- ☐ Stadt Vallendar
- ☐ OG Niederwerth
- ☐ OG Urbar
- ☐ OG Weitersburg

Gremium:	Sitzungsdatum:				
VG-Rat	18.12.2025	☒	öffentlich	☐	nichtöffentlich
		☐	öffentlich	☐	nichtöffentlich
		☐	öffentlich	☐	nichtöffentlich
		☐	öffentlich	☐	nichtöffentlich

Antrag CDU-Fraktion vom 31.03.2025 zur finanziellen Lage der VG Vallendar

Der o.g. Antrag (siehe Beschlussvorlage VG/2025/0052; Sitzung Verbandsgemeinderat vom 11.09.2025) wurde per beigefügter Mail vom 17.12.2025 zurückgezogen.

Adolf T. Schneider
Bürgermeister der
Verbandsgemeinde Vallendar

Von: [CDU Urbar](#)
An: [1.1.4 Bürgermeisterbüro; 0.0 Bürgermeister](#)
Cc: [Renate Münz; Klaudia Follmann; Wilfried Muenz; Karin Küsel; Claudia Halter; Michaela Lauterberg; Georg Gareis; Birgit von Sengbusch](#)
Betreff: Rücknahme des Prüfauftrags zur Vorbereitung einer kommunalen Klage gegen die Schlüsselzuweisungen.
Datum: Dienstag, 16. Dezember 2025 17:28:46
Anlagen: [CDU Signature Marco.png](#)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

die CDU-Fraktion nimmt den am 31.03.2025 gestellten Antrag und den im September 2025 eingereichten Änderungsantrag zur Vorbereitung einer Klage gegen die Schlüsselzuweisungen hiermit zurück.

Wir halten ausdrücklich fest: **Der Weg der Klage ist und bleibt grundsätzlich richtig.** Kommunen müssen ihre Rechte wahren – **inter pares** gilt auch hier. Wer seine Rechte nicht selbst geltend macht, verliert am Ende jede Durchsetzungsmöglichkeit und die damit zugehörigen Rechte.

Gleichzeitig müssen wir die aktuelle Entwicklung realistisch bewerten. Mit den heutigen Entscheidungen des [Verwaltungsgerichts Koblenz vom 16. Dezember 2025](#) liegt erstmals eine umfassende verwaltungsgerichtliche Bewertung des neuen Landesfinanzausgleichsgesetzes vor. Auch wenn die Berufung zugelassen wurde, zeigt das Urteil deutlich, wie hoch die rechtlichen Hürden sind und wie langwierig solche Verfahren verlaufen. Vor diesem Hintergrund sehen wir drei Probleme:

- die unklare Erfolgsaussicht,
- die erheblichen Kosten für die Kommunen,
- und eine Verfahrensdauer über viele Jahre, ohne kurzfristige Entlastung für unsere Haushalte.

Diese Faktoren stehen aus unserer Sicht derzeit nicht in einem verantwortbaren Verhältnis zur ohnehin angespannten finanziellen Lage der Ortsgemeinden und der Verbandsgemeinde.

Die Rücknahme des Antrags bedeutet ausdrücklich **keinen inhaltlichen Rückzug** aus der Kritik am kommunalen Finanzausgleich. Die strukturelle Unterfinanzierung besteht fort, der politische Gestaltungsspielraum schrumpft weiter, und die kommunale Ebene wird zunehmend zur Mangelverwaltung gezwungen.

Wir halten es jedoch für geboten, unsere Kraft aktuell auf politische Lösungen, klare Forderungen an das Land und eine ehrliche Debatte über Konnexität und kommunale Selbstverwaltung zu konzentrieren. Sollte sich die Verwaltung doch dazu durchringen, diesen Weg zumindest ordentlich zu prüfen, stehen wir als Fraktion bereit, das zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen